

Arbeiten trotz Rente

Armut und ein würdevolles Leben im Alter.

Gemeint ist hier nicht die ehrenamtliche Arbeit die vielfach von älteren engagierten Menschen in Vereinen und Institutionen geleistet wird. Hier ist die Rede von Menschen deren Rente so gering ist, dass ein würdevolles Leben im Alter nicht gegeben ist.

"Eins ist sicher: Die Rente wird immer weniger."

Schauen wir auf die Ursachen. Die drohende Verarmung von Millionen älterer Menschen findet ihre Ausdruck vor allem aufgrund lückenhafter Erwerbsbiografien, unzureichender Entlohnung und nicht sozialversicherungspflichtiger Arbeit, wie Minijobs, Werkverträge und andere Formen der Selbstständigkeit. „Generation Praktikum“, prekäre Arbeitsverhältnisse, unterbrochene Erwerbstätigkeit bedingt durch Kinderbetreuung sowie Pflege von Angehörigen sei hier angesprochen, aber auch Teilzeiterwerbsarbeit sind Ursachen von Altersarmut.

Betroffen davon sind besonders Frauen und insbesondere Alleinerziehende.

Vielen wird es aus den genannten Gründen nicht mehr gelingen, genügend Ansprüche gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwerben, um im Alter von der „eigenen“ Rente würdevoll leben zu können.

Schauen wir auf den Kern des Problems. Immer noch liegt der gesetzlichen Rentenversicherung das männliche Erwerbsmodell zu Grunde. Es wird eine ununterbrochene sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung über 45 Jahre bei einem durchschnittlichen Einkommen vorausgesetzt um eine Normalrente zu beziehen.

Durch die Rentenreformen, insbesondere der Riesterreform sinkt das Rentenniveau von Jahr zu Jahr. Die Rente wird

gemindert durch die Einberechnung des demographischen Wandels, dem sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor. Das heißt, wenn die Anzahl der Rentner/innen im Verhältnis zu den Beitragszahlern/innen steigt, dann sinkt das Rentenniveau und somit die Rente.

Für diese Absenkung soll neben der Betriebsrente die kapitalgedeckte private Altersversorgung (z.B. die Riesterreente) einspringen. Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ist klar, dass Produkte des Kapitalmarktes zur Absicherung des Lebensstandards durchaus kritisch zu betrachten sind.

Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 war nach Ansicht der Regierung vor dem Hintergrund einer steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen unvermeidlich. Dabei ist schon heute klar, dass die Rente ab 67 letztlich ein radikales Rentenkürzungsprogramm ist. Denn in den letzten Jahren gingen nur wenige Menschen tatsächlich erst mit 65 Jahren in Rente.

Alle, die früher ihre Rente in Anspruch nehmen oder auch nehmen müssen, werden Abschläge und damit eine niedrigere Rente in Kauf nehmen.

Wer also nur so viel Rente erhält, dass er davon nicht leben kann, hat Anspruch auf staatliche Sozialhilfe, der steuerfinanzierten „Grundsicherung im Alter“.

Wie wir aus dem Vortrag von Dr. Markus Grabka entnehmen konnten steigt das Armutrisiko dramatisch an. Die beschriebenen Ursachen und das aufgezeigte Kernproblem werden Millionen von Menschen in unserer Gesellschaft treffen und zur Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter zwingen.

„Der Mensch muss in Würde altern können“, sagte unsere Kanzlerin Sonntagabend im TV-Duell. Ist Würde hier im Konjunktiv gemeint?

Derzeit praktiziert der Sozialstaat eine Verlagerung der

Betreuung der Armut auf die Sozialverbände und auf private Initiativen wie z.B. Tafeln und Spendenparlamente. Er verschiebt somit seine eigene Verantwortlichkeit der Daseinsvorsorge auf privat organisierte Ersatzversorgungskonzepte.

Die würdevolle Behandlung des Individuums muss im Rahmen der Fürsorgepflicht vom Staat geschaffen und praktiziert werden. Tafeln und Spendenparlamente lindern zwar Armut, aber sie bekämpfen diese nicht im eigentlichen Sinne.

Es geht um ein selbstbestimmtes menschenwürdiges Leben für jedes Mitglied unserer Gesellschaft und um eine Politik, die Armut vorbeugt und Armut bekämpft.

Armut grenzt aus und es braucht ein solidarisches Miteinander und einen respektablen würdevollen Umgang um Armut zu begegnen.

Frage an die Politiker:

Was ist Ihr Konzept gegen Armut in unserer Gesellschaft und wofür wollen Sie sich einsetzen um Altersarmut zu verhindern.